

**Inhalt**

<b>I. Ausschluss der Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel</b>	1
1. Beihilfefähigkeit von Versandkosten bei einer Bestellung von Blutteststreifen im Internet – Urteil des BayVGH vom 17. Februar 2016, 14 B 14.2606	1
2. Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26. Juni 2013	2
<b>II. Neues auf Rehmnetz</b>	2
Beamtenblog	2

**I. Ausschluss der Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel**

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, München*

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im Urteil vom 12. Februar 2016, 14 B 14.1943, über die Frage zu entscheiden, ob der weitgehende Ausschluss der Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel rechtlich zulässig ist. Geklagt hatte ein Beihilfeberechtigter einer bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherrneigenschaft. Der behandelnde Arzt hatte dem Patienten das nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel „Locabiosol Spray“ verordnet. Die zuständige Beihilfestelle hatte eine Beihilfegewährung zu den Kosten dieses Präparates auf der Basis des § 22 Abs. 2 Nr. 3 BBhV abgelehnt.

Abweichend von der erstinstanzlichen Entscheidung verstößt nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs der weitgehende Ausschluss der Beihilfefähigkeit der genannten Gruppe von Arzneimitteln nicht gegen die verfassungsrechtliche Fürsorgepflicht.

Die Vorgaben des § 50 Abs. 1 Nr. 2 BBhV enthalten eine Härtefallregelung, wonach die Anschaffungskosten für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel nach Überschreiten der jeweils maßgebenden Belastungsgrenze von 2% bzw. 1% des maßgebenden Einkommens dann beihilfefähig sind, wenn die Aufwendungen pro verordnetem Arzneimittel einen Apothekenabgabepreis von – je nach Besoldungsgruppe – 8, 12 oder 16 Euro überschreiten. Diese Härtefallregelung genügt den Anforderungen der verfassungsrechtlichen Fürsorgepflicht.

Zudem beruht nach Auffassung des BayVGH der Ausschluss auf einer hinreichend bestimmten Ermächti-

gungsgrundlage (§ 80 Abs. 4 BBG), d. h. der Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes wurde in angemessener Weise berücksichtigt.

**1. Beihilfefähigkeit von Versandkosten bei einer Bestellung von Blutteststreifen im Internet – Urteil des BayVGH vom 17. Februar 2016, 14 B 14.2606**

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im Urteil vom 17. Februar 2016, 14 B 14.2606, die Frage zu bewerten, ob bei einer Internet-Bestellung von Blutteststreifen auch die gesondert ausgewiesenen Versandkosten als notwendige und wirtschaftlich angemessene Aufwendungen im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 1 BBhV anzusehen sind. Die Beihilfestelle hat die Gewährung von Beihilfeleistungen hierzu abgelehnt, das Verwaltungsgericht hat der hiergegen erhobenen Klage des Beihilfeberechtigten stattgegeben.

Der BayVGH hat die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigt und die Berufung der Beklagten zurückgewiesen.

Nach Auffassung des BayVGH handelt es sich auch bei den vom Kläger bezahlten Versandkosten um Aufwendungen für den Erwerb der Blutteststreifen.

Die Zahlung der Versandkosten ist unabdingbar für den Erwerb des Mittels im Rahmen eines Online-Kaufvertrages. Insoweit sind die Versandkosten und die Kosten für die Blutteststreifen wirtschaftlich als Einheit zu betrachten. Die Gesamtkosten sind dann grundsätzlich der Höhe nach angemessen, wenn und soweit sie den



Apothekenabgabepreis – d. h. die Kosten bei einer Beschaffung der Präparate in einer üblichen Apotheke – nicht überschreiten, solange und soweit der Gesetzgeber keine anderweitigen Regelungen trifft.

## 2. Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26. Juni 2013

Durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1809) wurde das neue elektronische Bescheinigungsverfahren nach § 10 Abs. 4b S. 4 bis 6 EStG eingeführt. Darin enthalten ist eine Verpflichtung von Behörden und andere öffentliche Stellen, geleistete Beiträge zur Alterssicherung, Krankenversicherung oder Pflegeversicherung an steuerpflichtige Personen elektronisch an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen zu übermitteln. Hierdurch soll die steuerlich zutreffende Erfassung von steuerfreien Zuschüssen sichergestellt werden. Von dieser elektronischen Meldepflicht erfasst werden aus der Sicht der Beihilfestellen

- gezahlte Rentenversicherungsbeiträge zur sozialen Sicherung von nicht erwerbstätigen Personen (§ 44 SGB XI)
- Leistungen zur sozialen Sicherung bei Beziehen von Pflegeunterstützungsgeld (§ 44a SGB XI).

Erstmals für den Veranlagungszeitraum 2016 sind die Daten elektronisch bis zum 28. Februar 2017 an die o.g. zentrale Stelle zu melden.

Weitergehende Informationen zur Umsetzung – u. a. zur Datensatzbeschreibung – enthält das Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 1. Februar 2016, D 6 - 11031/2#1. Es ist davon auszugehen, dass auch die für das Beihilferecht zuständigen obersten Dienstbehörden der Länder vergleichbar Informationsschreiben versandt haben.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat,  
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,  
für Landesentwicklung und Heimat, München.

## II. Neues auf Rehmnetz

### Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Die Klagebefugnis im Beamtenrecht](#)

[Beamter erscheint sechs Jahre nicht zur Arbeit](#)

[Heimarbeit in Bayern nun auch für Vorgesetzte](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).



### Produktipp

Mildenberger

### Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



Loseblattwerk  
In 4 Ordnern  
ISBN 978-3-8073-0014-6  
€ 179,99  
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

## Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)